



## Medienmitteilung

Zürich, 11. November 2022

### **Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 14. November 2022** Fokusthemen: **Bildung**

*Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach der Wahl zweier Kommissionsmitglieder, der Behandlung einer EI und einer Fristerstreckung hauptsächlich über die Jahresberichte der Zürcher Fachhochschule und der Universität Zürich diskutieren. Anschliessend steht eine Debatte über die einheitliche Zulassung für Lehrpersonen der Kindergarten- und Primarstufe und die zweite Lesung einer PI betreffend Notenpflicht in der Schule an. Schliesslich wird sich der Rat mit der Wahlgenehmigung des Fachhochschulrates und der Abschreibung zweier Postulate befassen.*

#### **Einzelinitiative zum Begriff «Eidgenössisch»**

Rasch behandelt werden dürfte die Einzelinitiativen (EI) einer Privatperson aus Uster ([KR-Nr. 268/2022](#)). Diese fordert, es sei beim Bund eine Standesinitiative einzureichen, mit der verlangt wird, dass die Namensbezeichnung «Eidgenössisch» durch «Schweizer» ersetzt wird. Im Rat geht es vorerst nur darum, zu ermitteln, ob die Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern vorläufig unterstützt wird. Ist dies der Fall, was allerdings selten vorkommt, wird sie dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen. Anschliessend entscheidet der Rat auf Antrag der zuständigen Kommission definitiv über Annahme oder Ablehnung der EI.

#### **Fristerstreckung für Motionen zu Kinderbetreuung und -förderung**

Ebenfalls kaum für Gesprächsstoff sorgen dürfte eine vom Regierungsrat beantragte Fristerstreckung zu drei Motionen, die sich mit verschiedenen Unterstützungsmassnahmen im Bereich der Kinderbetreuung und -förderung befassen. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Kantonsrat, diese zu genehmigen ([5850](#)). Alle drei Vorstösse zielen auf eine Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (LS 852.1) ab. Dieses befindet sich derzeit in Revision. Die Anliegen der drei Motionen sollen im Rahmen der Gesetzesrevision behandelt werden. Hierfür müssen jedoch die ordentlichen Fristen für die Berichterstattung und Antragstellung erstreckt werden.

GPK-Präsident: Beat Habegger (FDP, Zürich), 076 383 82 35

#### **Jahresberichte der Fachhochschulen und der Universität sollen genehmigt werden**

Nicht umstritten sind die Jahresberichte der Zürcher Fachhochschule (ZFH) ([5815](#)) und der Universität Zürich (UZH) ([5816](#)). Die Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Berichte zu genehmigen. Dennoch wird die Behandlung der beiden Geschäfte erfahrungsgemäss eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Die acht Fraktionen im Rat nutzen jeweils die Möglichkeit, um auf für sie relevante Punkte in den Berichten hinzuweisen. Gestützt auf die bisherigen Erfahrungen aus der Corona-Pandemie konnten die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), die Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) und die Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH) die Herausforderungen eines weiteren Pandemiejahrs gut meistern. Sie haben zudem alle das Akkreditierungsverfahren erfolgreich abgeschlossen, womit die Voraussetzungen für das Bezeichnungsrecht und die Gewährung von Bundesbeiträgen erfüllt sind. Auch die UZH hat das Akkreditierungsverfahren erfolgreich durchlaufen und ist Anfang 2022 ohne Auflagen

akkreditiert worden. Mit über 28'000 Studierenden wurde trotz Corona-Pandemie ein neuer Höchststand erreicht. Diese erfreuliche Entwicklung wird vom Ausschluss der Schweiz von «Horizon Europe» getrübt, der zu beträchtlichen Einschränkungen für die Forschenden der UZH führt.

ABG-Präsidentin: Claudia Frei-Wyssen (GLP, Uster), 078 684 77 28

### **Einheitliche Zulassung für Lehrpersonen der Kindergarten- und Primarstufe**

Umstritten war in der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) eine Änderung des Gesetzes über die Pädagogische Hochschule ([5796](#)). Nötig wird diese, weil auf Bundesebene die Zulassungsbestimmungen zum Studium an einer Pädagogischen Hochschule geändert worden sind. Die KBIK beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 5 Stimmen der Gesetzesänderung zuzustimmen. Die Ausbildung für die Kindergarten- und Unterstufe der Primarschule (KUst) soll vereinheitlicht werden. Damit erhalten die Kindergartenlehrpersonen eine umfassendere Ausbildung und sind folglich in den Schulen breiter einsetzbar. Eine Minderheit (SVP und FDP) will die Ausbildung zur reinen Kindergartenlehrperson beibehalten.

KBIK-Präsident: Christoph Ziegler (GLP, Elgg, 079 769 34 36)  
Minderheit: Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen), 076 372 87 51

### **Schlussabstimmung zu Notenpflicht in der Volksschule**

Keine lange Debatte ist bei der zweiten Lesung der geänderten parlamentarischen Initiative (PI) von Astrid Furrer (FDP) betreffend «Kein Verzicht auf Schulnoten» zu erwarten ([KR-Nr. 69/2020](#)). In der zweiten Lesung geht es gewöhnlich nur noch um formelle, meistens unumstrittene Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO), bevor der Rat in der Schlussabstimmung abschliessend über ein Anliegen entscheidet. In erster Lesung hat der Kantonsrat entschieden, dass die Beurteilung der Leistung im Semesterzeugnis der Volksschule zwingend durch Noten erfolgen muss.

REDKO-Präsidentin: Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), 076 488 28 55

### **Wahl der Mitglieder des Fachhochschulrates soll genehmigt werden**

Nicht ohne ein gewisses Rumoren dürfte die Wahl der Mitglieder des Fachhochschulrates über die Bühne gehen. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat mit unterschiedlichen Stimmenverhältnissen, die Wahl grundsätzlich zu genehmigen ([5843](#)). Die Wahl des Präsidiums und der einzelnen Mitglieder ist je einzeln zu genehmigen. Einstimmig wird die Genehmigung der Wahl von Bildungsdirektorin Silvia Steiner zur Präsidentin des Fachhochschulrates beantragt. Die weiteren acht Mitglieder decken die verschiedenen, gesetzlich vorgesehenen Fachbereiche (Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft, Sozialwesen und Politik) und Kompetenzen ab, welche für die Wahrnehmung der Aufsicht über die drei Fachhochschulen ZHAW, ZHdK und PHZH notwendig sind. Einstimmig wird die Genehmigung der Wahl der vier bisherigen Mitglieder beantragt. Die Genehmigung der Wahl von drei neuen Mitgliedern wird mit 12 zu 2 Stimmen (FDP-Minderheit) beantragt, bei einem Mitglied ist das Stimmenverhältnis 10 zu 4. Die ablehnenden Stimmen der Grünen, AL und FDP würden Mitglieder bevorzugen, die einen stärkeren Bezug zur Fachhochschulwelt haben.

KBIK-Präsident: Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36  
Minderheit FDP: Marc Bourgeois (FDP, Zürich), 079 219 95 38  
Minderheit Grüne, FDP, AL: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

### **Postulate zu Filialmittelschule in Affoltern a. A. und digitalem Wandel an Schulen**

Keine lange Diskussion dürfte die Abschreibung zweier Postulate zu einer Filialmittelschule in Affoltern a. A. ([5756](#)) und zum digitalen Wandel an Mittel- und Berufsfachschulen ([5747](#))

auslösen. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, beide Postulate als erledigt abzuschreiben, weil die darin formulierten Anliegen erfüllt wurden. Die von EVP-Kantonsrat Daniel Sommer angeregte Errichtung einer interkantonalen Mittelschule im Knonauer Amt wurde vom Regierungsrat zwar verworfen. Dafür ist geplant, im Jahr 2027 in Affoltern a. A. eine Filiale der bestehenden Kantonsschule Limmattal in Betrieb zu nehmen. Zur Forderung nach einer stärkeren Digitalisierung der Mittel- und Berufsfachschulen von Kathrin Wydler, Kantonsrätin der Mitte, stellt der Regierungsrat in Aussicht, schrittweise innert sechs Jahren die Strategie zur Förderung des digitalen Wandels umzusetzen. Dabei sollen die 39 Schulen der Sekundarstufe II mit leistungsfähiger Informations- und Kommunikationstechnologie versorgt werden.

KBIK-Präsident: Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36

**Personelles:**

Gleich zu Beginn der Sitzung steht am Montagmorgen die Wahl zweier neuer Kommissionsmitglieder an. Die Interfraktionelle Konferenz (IFK) schlägt Wilma Willi (Grüne, Stadel) als Nachfolgerin von David Galeuchet in der Kommission für Planung und Bau (KPB) vor (KR-Nr. 407/2022). Und als Ersatz für Wilma Willi soll Julian Croci (Grüne Dübendorf) in die Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG) gewählt werden (KR-Nr. 408/2022). Die Wahlvorschläge sind unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Bischoff (AL, Zürich), 079 211 81 66

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:  
Esther Guyer, Kantonsratspräsidentin, 079 699 13 45  
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12